

## **Presseerklärung**

### **Gesundheitsreform und Zwangs-Vorsorgeuntersuchungen**

Gesundheitspolitik weiterhin Lobbyarbeit für Krankenkassen.

Kostenentlastung der Krankenversicherungen auf dem Rücken schwerstkranker Menschen.

Der Berufsverband für Heilpraktikerinnen LACHESIS e.V. kritisiert den vorliegenden Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform und sieht in dem Zwang zur Vorsorge das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und das Selbstbestimmungsrecht der Patientin/des Patienten in Frage gestellt. In der Gesundheitsreform 2006 wird für chronisch Kranke die Belastungsgrenze für Zuzahlungen von den allgemein geltenden 2 % auf 1 % der Einnahmen zum Lebensunterhalt reduziert. Die günstigere Belastungsgrenze für Zuzahlungen soll nur dann gelten, wenn die Betroffenen sich regelmäßig an Gesundheitsvorsorgemaßnahmen beteiligt haben. Diese Regelung lässt vollkommen außer Acht, dass die Untersuchungen in ihrer Wirksamkeit und Aussagekraft selbst in Fachkreisen höchst umstritten sind. Das Bild vom „unmündigen“ Patienten und ein Medizinsystem, das nur standardisierte Untersuchungs- und festgelegte Behandlungsmöglichkeiten zulässt, werden gestärkt. Dies wirft die Frage auf, welche Sanktionen in Zukunft auf Menschen zukommen, die zum Beispiel aus ethischen oder medizinischen Gründen die pränatale Diagnostik ablehnen oder sich weigern ihre Erbanlagen auf bestimmte Risikofaktoren untersuchen zu lassen.

Wir warnen davor, dass durch den vorliegenden Gesetzentwurf die Tür zu einer staatlich verordneten Einheitsmedizin geöffnet wird, welche von der Pharmaindustrie und anderen Lobbygruppen maßgeblich bestimmt wird und deren Erfolg sich an Aktienkursen und nicht am Wohl der/des Einzelnen und der Gesunderhaltung der Bevölkerung ausrichtet.



Berufsverband für Heilpraktikerinnen LACHESIS e.V.  
Geschäftsstelle

Forellensteig 4, 14542 Werder/Havel, Tel: 03327-668480

Email: [info@lachesis.de](mailto:info@lachesis.de) , [www.lachesis.de](http://www.lachesis.de)